

Mitgliederrundbrief

Nr. 8 / November 2005



Arbeitsstelle
Frieden und
Abrüstung

Anschrift

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.
Kopenhagener Straße 71, 10437 Berlin

Kontakt

Telefon: 030.440 130 28
Telefax: 030.440 130 29
info@asfrab.de
www.asfrab.de

Bürozeiten

Mo-Fr 10-18 Uhr

November 2005

Liebe Freundinnen und Freunde,

manchmal gehen Wünsche auch in Erfüllung: Der schöne Herbst, den wir Euch und uns im letzten Rundbrief wünschten, leuchtete wirklich. Leuchten würden auch unsere Augen, könnten wir Euch in diesem Rundbrief das längst fällige Ende der Wehrpflicht verkünden. Doch leider haben wir nun eine große Koalition, nein, nicht der Vernunft, sondern der Wehrpflicht. Neue Regierung, neuer Kriegsminister? Klar, sonst würde man ja nicht merken, dass die Koalition gewechselt hat. Eine grundsätzliche Veränderung des bisherigen Kurses ist nicht in Sicht, eine Verschärfung aber wohl. Und wie die Bundeswehr ihr 60., hoppla, 50. muss es heißen! also ihr 50. Jubiläum begangen hat und was wir dazu meinen, lest Ihr ebenfalls hier.

Meinungen und Kritik sind willkommen bei Eurem asfrab-Team ◀

Inhalt

Große Koalition der Wehrpflicht · Wie das Jubiläum, so die Feiern · Neuer Kriegsminister · Mitteilungen für Mitglieder ◀

Große Koalition der Wehrpflicht

Unsere Voraussage vom letzten Rundbrief ist eingetroffen. Schnell und offenbar unkompliziert einigten sich CDU und SPD auf die Beibehaltung der Wehrpflicht. Prompt nahm die SPD das Thema denn auch von der Tagesordnung ihres Parteitags Mitte November. Angela Merkel bekräftigte ihre frühere Idee, dass für den Aufbau einer „Heimatschutzkomponente“ die Bundeswehr aufgestockt werden soll, insbesondere durch Wehrpflichtige.

Neuer Kriegsminister

Zu früh gefreut hatte sich Ex-General Schönbohm, der nach den Wahlen schon meinte, zu einem Ministersessel ja oder nein sagen zu dürfen. Dazu kam es nicht, wie man aus antimilitaristischer Sicht sagen muss: leider, denn der derzeitige brandenburgische Innenminister

glänzte schon in der Vergangenheit mit absurden und radikalen Vorschlägen wie z.B. einer elektronischen Fußfessel für Schulschwänzer. Eine elektronische Fußfessel wäre sicher auch eine schöne Idee gewesen, um endlich mal rauszukriegen, wo eigentlich die Jungs vom KSK eingesetzt sind.

Statt Schönbohms wurde Franz Josef Jung Verteidigungsminister, ein CDU-Politiker, laut ZEIT der „ergebene Verbündete des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch“ bezeichnet. In seiner Ergebenheit rettete Jung als Chef der hessischen Staatskanzlei die Karriere von Parteifreund Koch, indem er wegen der Spenden- und Schwarzgeldaffäre zurücktrat, als Bauernopfer von Kochs „brutalstmöglicher Aufklärung“. Zum Dank fiel er die Treppe hinauf direkt ins Ministeramt. Als designierter Verteidigungsminister musste Jung jedoch erst einmal zurückstecken: Er hatte sich dafür ausgesprochen, die Wehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht für alle Frauen und Männer umzuwandeln. Dies ist zunächst vom Tisch, im Koalitionsvertrag steht: „Eine allgemeine Dienstpflicht wird abgelehnt.“ Doch aufgepasst! Grundgesetzwidrige Pläne für eine allgemeine Dienstpflicht sind nicht erstmals ins Spiel gebracht worden, es wird gewiss auch nicht das letzte Mal gewesen sein.

In einem anderen Punkt ist Jungs Schlappe nur befristet. Einem erweiterten Einsatz der Bundeswehr im Inneren „insbesondere für den Bereich der terroristischen Bedrohung“ wurde zwar vorerst nicht zugestimmt, doch hat die CDU das Thema für 2006 bereits auf die Tagesordnung gesetzt. Jung erklärte gegenüber Medien, man müsse nur ein Urteil des Verfassungsgerichts abwarten, wenn dieses wunschgemäß ausfalle, werde man weitere Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inneren suchen und finden. Gemeint ist das Luftsicherheitsgesetz, das den Abschuss von Flugzeugen zulassen soll und für das die Grundrechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person, das Grundrecht des Postgeheimnisses und das

Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung eingeschränkt werden. Es deutet allerdings einiges darauf hin, dass das Luftschutzesgesetz vor dem BVerfG auf die eine oder andere Art nicht bestehen wird. Bei der mündlichen Verhandlung im November trat die Unsinnigkeit dieses Gesetzes offen zutage. Das Urteil wird im nächsten Jahr erwartet. Sollte in der Folge das Grundgesetz geändert werden müssen, um das Gesetz doch noch durchzubringen, wären (weitere) Grundrechtseinschränkungen vorprogrammiert. Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren wird jedenfalls auch in der großen Koalition Thema bleiben.

Wie das Jubiläum, so die Feiern

Aus Anlass des 50. Jahrestags der Bundeswehrgründung wurde von Bundeswehr und Bundesregierung ordentlich abgefeiert, und zwar für die Kleinigkeit von 2 Millionen Euro, was eher noch knapp gerechnet sein dürfte. Beschützt von Polizei und Feldjägern, privatisierte die Bundeswehr das Territorium um den Reichstag und zelebrierte vor der geschlossenen Gesellschaft geladener Gäste den pseudoreligiösen Mummenschanz eines Großen Zapfenstreichs. Öffentlichkeit war nicht zugelassen, außer den FernseherInnen daheim. Die sind jedoch Öffentlichkeit, die an einem Ereignis teilnimmt, sondern nur die Zielgruppe einer medialen Inszenierung bereits aufbereiteter Bilder. Kritische DemonstrantInnen und selbst Schaulustige blieben ausgeschlossen. Aber was in der Bundeswehr vor sich geht, passiert natürlich ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit, wie sich in den verflossenen 50 Jahren seit Bundeswehrgründung immer wieder zeigte. Kam mal etwas ans Licht, wie zuletzt die Misshandlungen von Soldaten in Coesfeld, fragte die Öffentlichkeit sich gern bestürzt, warum denn zuvor keiner was gesagt hatte. Ja, warum? Befehl und Gehorsam, militärische Hierarchien, Angst vor Repressalien, der ganze militärische Geist, machen Rekruten nicht gerade gesprächig, wenn es um ihre Rechte geht.

So kamen schon 1957 15 Rekruten aus der ersten Gruppe einberufener Wehrpflichtiger ums Leben, als sie einen unsinnigen und gefährlichen Befehl befolgten. So beschwerte sich nur ein einziger Soldat, als 1974 während an einer Heereschule eine "Durchschlageübung" stattfand, bei der mehr als 100 Lehrgangsteilnehmer als „Gefangene“ tagelang in einen feuchten Bunker gesperrt wurden und regelrechter Folter unterzogen wurden. Anschließend kam heraus, dass diese Übung für „Selbstdisziplin und Härte“ bereits mehrfach durchgeführt worden war. Ebenfalls monatelang wurde verschwiegen, dass Offiziere an der Bundeswehrhochschule

1977 „Judenverbrennen“ spielten und Nazilieder sangen.

Im April 1996 stellten Soldaten in Hammelburg, wo sie für den Bosnieneinsatz ausgebildet wurden, in einer Pause Hinrichtungen, Vergewaltigungen und Folterungen dar. Erst ein Jahr später kam es zu einem Skandal, weil sie ein Video davon aufgenommen hatten.

Der Bundeswehralltag verläuft fern der Öffentlichkeit und jenseits parlamentarischer Kontrolle. Der Bundestag hat zwar einen Wehrbeauftragten, doch „besondere Vorkommnisse“ wie die schweren Misshandlungen in Coesfeld sind nur die Spitze des Eisbergs. Jährlich gibt es in den Streitkräften zwischen 13 (1992) und 38 (1985) "Ereignisse mit Todesfolge", versuchen mehrere Hundert Soldaten, sich das Leben zu nehmen, gibt es weitere „Vorkommnisse“ – Rechtsradikalismus, Gewalttaten, Verstöße gegen die Menschenführung. Der Bericht des Wehrbeauftragten beschränkt sich darauf, „Vorkommnisse“ zu beklagen, die dem Beauftragten großenteils durch Petitionen und Eingaben Betroffener zur Kenntnis kommen. Von seinen Truppenbesuchen ist nur ein Teil unangemeldet, weitere Vorkommnisse werden den Berichten des Verteidigungsministeriums entnommen.

Wie der Auftrag, so die Veranstaltung. Wer Kriegseinsätze durchführt und dafür Rückhalt in der Bevölkerung will, wird das militärische Jubiläum nicht mit einer Reihe von Podiumsdiskussionen begehen, bei denen kontrovers über die Zustände beim Militär und über Sinn und Zweck militärgestützter Politik diskutiert wird. Ein antidemokratisches Ritual, bei dem kein einzelner etwas zu sagen hat, eignet sich viel mehr dafür.

Mitteilungen für Mitglieder

1. Spendenbescheinigungen für Beiträge und Spenden im Jahr 2005 werden Euch mit den Einladungen zur nächsten Mitgliederversammlung zugeschickt.
2. Inzwischen gibt es erste freundliche und kritische Besprechungen unseres Buchs *Am Hindukusch und anderswo*. Es „... beschreibt nüchtern, sachlich und wissenschaftlich präzise die Normalität des Militärischen im Deutschland der letzten 50 Jahre“, schreibt Björn Kunter vom Bund für Soziale Verteidigung. Für alle, die ihren Lieben etwas Politisches unter den Weihnachtsbaum legen wollen: Vereinsmitglieder können das Buch bei uns zum Insider-Preis von 10 Euro erwerben.

V.i.S.d.P. für diesen Rundbrief: Michael Behrendt